



LGL

Gesundheit & Stadtplanung
– Umweltgerechtigkeit,
Partizipation, Chancengleichheit

Tagungsband der Koordinierungsstelle
Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG

Dieser Band dokumentiert eine Fachtagung der Gesundheitsregion^{plus} Erlangen-Höchststadt & Erlangen, Gesundheitsregion^{plus} Fürth und Gesundheitsregion^{plus} Nürnberg in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geographie der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, dem Stadtplanungsamt der Stadt Nürnberg und der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit des Bayerischen Zentrums für Prävention und Gesundheitsförderung am LGL, gefördert durch den Partnerprozess „Gesundheit für alle!“ des bundesweiten Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit.

Herausgeber: Bayerisches Landesamt für
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
Eggenreuther Weg 43, 91058 Erlangen

Telefon: 09131 6808-0
Telefax: 09131 6808-2102
E-Mail: poststelle@lgl.bayern.de
Internet: www.lgl.bayern.de
Bildnachweis: Bayerisches Landesamt für
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Bildaufnahmen: Heizo Takamatsu
Titelbild: Siegfried Dengler
Druck: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, Furth
Stand: September 2018
Redaktion: Iris Grimm, Koordinierungsstelle Gesundheitliche
Chancengleichheit, Zentrum für Prävention und
Gesundheitsförderung (ZPG); Zsuzsanna Majzik,
Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus}
Erlangen-Höchststadt & Erlangen, Lisa
Mergelmeyer, Praktikantin, Geschäftsstelle der
Gesundheitsregion^{plus} Erlangen-Höchststadt &
Erlangen

Autor*innen:

Christa Böhme, Deutsches Institut für Urbanistik; Siegfried Dengler,
Stadtplanungsamt Stadt Nürnberg; Romy Eißner, Geschäftsstelle der
Gesundheitsregion^{plus} Nürnberg; Klaus Geiselhart, Institut für Geographie,
FAU; Sebastian Gmehling, Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus} Erlangen-
Höchststadt & Erlangen; Eva Göttlein, Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus}
Fürth; Zsuzsanna Majzik, Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus}
Erlangen-Höchststadt & Erlangen; Dr. Odile Mekel, Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen; Bettina Walentzak, ZPG; Hermann Weichselbaum,
Stadtplanungsamt Nürnberg

© Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
alle Rechte vorbehalten

ISBN Nummer für den Druck: Druckausgabe ISBN 978-3-96151-042-9
ISBN Nummer für das Internet: Internetausgabe ISBN 978-3-96151-043-6

Diese Druckschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – wird um Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars gebeten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Fachtagung Gesundheit & Stadtplanung

Umweltgerechtigkeit, Partizipation, Chancengleichheit

**Gemeinsame Fachtagung der Gesundheitsregion^{plus}
Erlangen-Höchststadt & Erlangen, Gesundheitsregion^{plus} Fürth und
Gesundheitsregion^{plus} Nürnberg, dem Institut für Geographie der
FAU Erlangen-Nürnberg und der Koordinierungsstelle
Gesundheitliche Chancengleichheit im Rahmen des
Partnerprozesses „Gesundheit für alle“**

am 25.7.2018 in Erlangen

Die Gesundheitsregionen^{plus}	6
Fachtagung Gesundheit und Stadtplanung - Veranstaltungsüberblick	9
Eröffnung durch den Oberbürgermeister der Stadt Erlangen	10
Grußwort der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit	11
Vorträge	12
Stadtplanung – Entwicklung und Gestaltung gesunder Lebensräume, Siegfried Dengler	12
Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!, Christa Böhme	14
Instrumente zur Stärkung von Gesundheit in der Planung – ein Blick nach Nordrhein-Westfalen, Dr. Odile Mekel	16
Workshops	20
Umweltgerechtigkeit	20
Nachverdichtung	24
Verkehr	26
Gestaltung des öffentlichen Raums	28
Diskussion	31
Posterausstellung	32

Die Gesundheitsregion^{plus} **Erlangen-Höchststadt & Erlangen (ERH & ER)**

Geschäftsstellenleitung: Sebastian Gmehling & Zsuzsanna Majzik

Mit dem Konzept der Gesundheitsregionen^{plus} fördert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege seit Anfang 2015 die regionale Strukturentwicklung in den Bereichen Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung in Bayern. Das Ziel ist die Etablierung regionaler Gesundheitsnetzwerke, in die alle wichtigen Stakeholder eingebunden sind, um Fragen der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsförderung zu diskutieren und Angebote zu erarbeiten. Der Landkreis Erlangen-Höchststadt und die Stadt Erlangen werden im Rahmen dieser Förderlinie seit März 2015 als Gesundheitsregion^{plus} ERH & ER gefördert.

Die Gesundheitsregion^{plus} ERH & ER verfolgt drei Hauptziele: die Verbesserung gesundheitlicher Chancengleichheit in Stadt und Landkreis, die Entwicklung einer gemeinsamen Gesundheitsregion sowie einer gemeinsamen Gesundheitsstrategie. Der Zugang zur medizinischen Versorgung und zu Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung soll erleichtert und neue Angebotsstrukturen sollen geschaffen werden.

Die Gesundheitsregion^{plus} ERH & ER folgt dem Ansatz der partizipativen Qualitätsentwicklung (vgl. dazu WRIGHT 2010), in dem betroffene Bürger, professionelle Akteure relevanter Sektoren und Ebenen, politische Entscheidungsträger sowie die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus} ERH & ER gleichberechtigt an Bedarfsbestimmung, Maßnahmenplanung, Umsetzung sowie Auswertung teilnehmen und teilhaben.

Um die zentralen Handlungsbereiche der Gesundheitsregion – Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung – erfolgreich bearbeiten zu können, ist ein gemeinsames Vorgehen über Stadt- und Gemeindegrenzen sowie Zuständigkeitsbereiche unerlässlich. Um also neue Herausforderungen gemeinsam, koordiniert und mit sinnvollem Einsatz begrenzter Ressourcen bewältigen zu können, wurde interdisziplinär und unter Beteiligung von Betroffenen eine „Gemeinsame Gesundheitsstrategie“ erarbeitet, die nun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Die in diesem Tagungsband beschriebene Fachtagung „Gesundheit und Stadtplanung“ stellt dabei einen wichtigen Meilenstein der kommunalen Vernetzung in der Gesundheitsregion dar.



Kontakt:

Für den Landkreis Erlangen-Höchststadt:

Sebastian Gmehling
Staatl. Gesundheitsamt
SG 75 – Sozialer Beratungsdienst
Gesundheitsregion^{plus}
Nägelsbachstraße 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131 803-2328
Telefax 09131 803-492328
Sebastian.Gmehling@erlangen-hoechststadt.de
www.erlangen-hoechststadt.de

Für die Stadt Erlangen:

Zsuzsanna Majzik
Sportamt
Gesundheitsregion^{plus}
Fahrstraße 18, 91054 Erlangen
Telefon 09131 86-1718
Telefax 09131 86-2587
zsuzsanna.majzik@stadt.erlangen.de
www.erlangen.de

Die Gesundheitsregion^{plus} Stadt Fürth

Geschäftsstellenleitung: Eva Göttlein

Seit 2015 und bis 2019 ist die Stadt Fürth eine der Gesundheitsregionen^{plus}, die durch den Freistaat Bayern unterstützt wird. Zuständige städtische Behörde ist das Referat I Schule, Bildung und Sport und seine nachgeordneten Dienststellen und Ämter. Amtsleiter ist Bürgermeister Markus Braun. Die Geschäftsstelle zur Organisation und Koordination der Gesundheitsregion^{plus} Fürth leitet Eva Göttlein von der Projektagentur Göttlein.

Handlungsfelder sind Gesundheitsförderung und Prävention sowie Gesundheitsversorgung. Ein wesentliches Element stellt die Vernetzung und Kooperation dar. Auf mehreren Ebenen wurden Gremien gebildet: das Gesundheitsforum, das einmal jährlich als Gesundheitskonferenz im Elan stattfindet, die kommunale Steuerungsgruppe Gesundheit als beratendes und steuerndes Gremium und verschiedene Arbeitskreise, in denen Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden.

Zielgruppe sind alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Fürth mit Schwerpunkt auf Gesundheitliche Chancengleichheit und Partizipation. Vor allem schlecht erreichbare Zielgruppen sollen in das Thema Gesundheit eingebunden werden.

Ein weiteres wichtiges Element ist ein gut ausgestatteter Verfügungsfonds der Techniker Krankenkasse (TK), mit dem gesundheitsfördernde Mikroprojekte in den Stadtteilen, Einrichtungen, Schulen und Institutionen passgenau gefördert werden können. Die Handlungsfelder erstrecken sich von Ernährung, Bewegung über Seelische Gesundheit bis zu Beteiligung, Aktivierung und Gewalt- und Suchtprävention. Zielgruppen sind vor allem Kinder, Jugendliche, Multiplikatoren und Senior*innen. Mit basisorientierten bottom-up Projekten können schlecht erreichbare Zielgruppen und Zielgruppen aus prekären und finanziell sowie sozial benachteiligten Verhältnissen erreicht werden. Seit Juli 2015 wurden bereits über 70 erfolgreiche große und kleine Mikroprojekte umgesetzt.

Weitere positive Aspekte der Projektarbeit sind die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Stadtteilen und die Vernetzung verschiedener Gruppen. Ebenso wird auf eine interessensunabhängige Information von Gesundheitsangeboten im Versorgungs- und Präventionsbereich ein Schwerpunkt gelegt. So ist inzwischen der Ausbau der Infoplattform www.gesundheit-in-fuerth.de in Kooperation mit dem Ärztenetz Fürth Stadt und Land e.V. gelungen, auf der mehr

als 600 Adressen zu Gesundheit in der Stadt Fürth gebündelt sind. Die Landkreis Adressen werden im Jahr 2018 aufgenommen. Die Infoplattform wurde mit Mitteln des TK-Verfügungsfonds finanziert.

Die erste Fürther Gesundheitsmesse hat am 3. und 4. März 2018 im Sportpark Ronhof I Thomas Sommer stattfinden. Veranstalter ist die Stadt Fürth und die Gesundheitsregion^{plus} Fürth. Die Fürther Gesundheitsmesse ist ein kostenloses Angebot mit 48 Fachvorträgen, einem durchgängigen Aktionsprogramm, Ausstellungen, einem Bildungscampus für Gesundheitsberufe u.v.m. Um Gesundheitliche Chancengleichheit zu gewähren, ist der Eintritt frei, alle Bürger und Bürgerinnen sind angesprochen zu kommen und sich Anregungen für ihre persönliche Gesundheit mit zunehmen.

Zielgruppenorientierte Bedarfsanalysen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungseinrichtungen, sowie die Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten sind ebenso Teil des Arbeitsbereichs der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Fürth.



Kontakt:

Eva Göttlein
Projektagentur Göttlein
Geschäftsstellenleitung Gesundheitsregion^{plus}
Frankenstr. 12
90762 Fürth
Tel: 0911 7565670
Fax: 0911 7565671
Mail: info@goettlein.de
Websites: www.gesundheit-in-fuerth.de;
www.fuerth-bewegt.de

Die Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg

Geschäftsstellenleitung: Romy Eißner und Kim-Nicole Retzlaff

Seit 2015 und bis 2019 ist die Stadt Nürnberg eine der Gesundheitsregionen^{plus}, die durch den Freistaat Bayern unterstützt wird. Die Geschäftsstelle ist fach- und dienstaufsichtlich der Amtsleitung des Gesundheitsamts der Stadt Nürnberg unterstellt.

Die Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg ist in den beiden Handlungsfeldern Gesundheitsförderung/ Prävention und Gesundheitsversorgung tätig, deren Bearbeitung auf drei Arbeitsebenen stattfindet.

- 1) das Gesundheitsforum, welches sich als Steuerungsgremium ein- bis zweimal im Jahr unter Vorsitz des Referenten für Umwelt und Gesundheit trifft und über für die Gesundheit der Nürnberger*innen wichtige Themen berät
- 2) die Arbeitsgruppen, in denen die Themen aus dem Gesundheitsforum gemeinsam mit Partner*innen in Projekten und Maßnahmen umgesetzt werden
- 3) die Geschäftsstelle, welche die Arbeit des Gesundheitsforums und der Arbeitsgruppen organisiert und koordiniert.

Ziel der Gesundheitsregion^{plus} ist die Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung und die Erhöhung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität auch im Hinblick auf die gesundheitliche Chancengleichheit. Dabei stehen insbesondere Menschen in schwierigen Lebenslagen im Mittelpunkt.

Gesundheitsrisiken und Gesundheitschancen sind nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Für die Entwicklung passgenauer Angebote ermittelter Bedarfe verfolgt die Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg einen dezentralen Ansatz zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Wissen und der Zugang zu Angeboten. Vor diesem Hintergrund werden Angebote der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg kostenfrei, barrierearm, leicht verständlich und unter Einbindung von Multiplikator*innen gestaltet.

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Dieses Zitat von Aristoteles fasst zusammen, was den Arbeitsansatz der Gesundheitsregion^{plus} ausmacht. Denn der zentrale Aspekt ist die Vernetzung der Akteur*innen vor Ort. Durch die Bündelung von Ressourcen und Nutzung von Synergien ist es möglich, mit dem Vorhanden gemeinsam mehr zu erreichen als jeder allein.



Kontakt:

Romy Eißner und Kim-Nicole Retzlaff
Geschäftsstelle Gesundheitsregion^{plus}
Stadt Nürnberg
Gesundheitsamt
Burgstr. 4
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 231 10173
Fax: 0911 231 3847
E-Mail: gesundheitsregionplus@stadt.nuernberg.de

Fachtagung Gesundheit und Stadtplanung



*Geschäftsstellenleitungen
der Gesundheitsregionen^{plus}:
Sebastian Gmehling, GR+
Landkreis Erlangen-Höchst-
stadt, Eva Göttlein, GR+
Fürth, Zsuzsanna Majzik,
GR+ Stadt Erlangen sowie
der Moderator Harald Kretz
von links*

Mit einem vielfältigen Programm bot die Fachtagung „Gesundheit und Stadtplanung“ interessierten Bürger*innen und Fachkräften aus Verwaltung und Wissenschaft verschiedener Disziplinen die Möglichkeit, sich zu informieren und auszutauschen. Ziel der Veranstaltung war, die Bedeutung und Auswirkungen von planerischem Handeln auf Gesundheit und Chancengleichheit zu beleuchten, fachübergreifenden Schnittpunkte der Disziplinen aufzuzeigen sowie den Austausch und die Zusammenarbeit zu verbessern.

Nach Vorstellung der Veranstalter und Veranstalterinnen und Grußworten durch den Erlanger Oberbürgermeister Dr. Florian Janik und Bettina Walentzak vom Bayerischen Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung (ZPG) fanden drei Fachvorträge statt.

Siegfried Dengler vom Stadtplanungsamt Nürnberg zeigte anhand anschaulicher Bilder die Bedeutung des Lebensraumes Stadt und die Notwendigkeit des gemeinsamen kommunalen Handelns.

Christa Böhme vom Deutschen Institut für Urbanistik gab eine Einführung in das Thema Umweltgerechtigkeit und zeigte Handlungsempfehlungen für kommunale Akteure auf.

Dr. Odile Mekel vom Landeszentrum für Gesundheit Nordrhein-Westfalen zeigte anhand von Projekten konkrete Umsetzungsbeispiele.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause, die zum informellen Austausch genutzt wurde, fanden zwei Durchgänge zu vier Workshop-Themen statt. Abschließend diskutierten Veranstaltende und Teilnehmende Ergebnisse, neue Erkenntnisse und Wünsche, die durch die Fachtagung entstanden sind.



*Dr. Florian Janik, Oberbürger-
meister der Stadt Erlangen*



*Dr. Klaus Geiselhart, Institut für
Geographie FAU Erlangen*



*Bettina Walentzak, Koordinie-
rungsstelle Gesundheitliche
Chancengleichheit, ZPG*

Eröffnung

Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen



Dr. Florian Janik eröffnet die Veranstaltung

Dr. Janik eröffnete die Veranstaltung mit einer Begrüßungsrede. Er thematisierte das in Deutschland weit verbreitete Expertentum, das teilweise zu fehlendem Querdenken und Vernetzung führt. Durch geteiltes Wissen und Austausch können jedoch meist bessere Ergebnisse erreicht werden.

Mit Blick auf die Stadt Erlangen, wo sich die am häufigsten eingehenden Beschwerden auf den Bereich Verkehr beziehen (Baustellen, fehlende Parkplätze, Verkehrslärm und fehlende Grünflächen – alles Aspekte mit negativen gesundheitlichen Auswirkungen) begrüßt er die Fachtagung als Auftakt zu stärkerer Zusammenarbeit von Gesundheit und Stadtplanung in der Region.

Grußwort

**Bettina Walentzak, Bayerisches Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung,
Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es freut mich sehr Sie heute so zahlreich zur Fachtagung „Gesundheit und Stadtplanung“ hier in Erlangen begrüßen zu dürfen.

Es freut uns sehr, dass Fürth, Nürnberg und Erlangen-Höchstädt & Erlangen als Gesundheitsregionen^{plus} äußerst engagiert sind und sich auf vielfältige Art und Weise für die Gesundheit in ihren Kommunen einsetzen. Aber sie tun dies nicht nur als Gesundheitsregionen^{plus}, sondern auch als sogenannte Partnerkommunen. Was genau bedeutet das? Das heißt, dass sie dem bundesweiten Partnerprozesses „Gesundheit für alle“ beigetreten sind. Ziele dieses Partnerprozesses sind unter anderem die Förderung eines gesunden und chancengerechten Lebens von Menschen jeden Alters, die Begleitung von Kommunen beim Aufbau und der Umsetzung integrierter kommunaler Strategien („Präventionsketten“) sowie die Stärkung der Zusammenarbeit und eines gemeinschaftlichen Lernprozesses über Ressorts und Generationen hinweg.

Und das alles tun sie nicht erst seit gestern, sondern bereits über Jahre hinweg. So ist Fürth schon 2013, Nürnberg 2014 und Erlangen-Höchstädt & Erlangen 2016 dem Partnerprozess für mehr gesundheitliche Chancengleichheit beigetreten. Um die Bandbreite der Themen, um die es dabei geht, etwas zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen beispielhaft Aktivitäten dieser drei Regionen nennen.

Die Auftaktveranstaltung 2013 in Fürth und eine darauf folgende Werkstatt haben sich schon damals dem Thema Gesundheitsförderung und Stadtplanung gewidmet. Nürnberg hat 2014 in Zusammenarbeit mit

Studierenden der Evangelischen Hochschule im Rahmen einer Semesterarbeit eine Befragung von Elternvertretungen und Eltern zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention durchgeführt. Die Erfahrungen und der Umgang von Eltern mit dem Thema Gesundheitsförderung wurden gesammelt und aufbereitet. Auch über die bayerischen Grenzen hinaus machen die drei Kommunen ihre gute Arbeit sichtbar: Bei der Satellitentagung zum Kongress Armut & Gesundheit 2015 gab es einen Vortrag über die Aktivitäten bayerischer Partnerkommunen, u. a. aus Fürth (6 Jahre Gesundheitsförderung im Stadtteil im Rahmen eines Forschungsprojektes des Deutschen Institutes für Urbanistik) und Nürnberg (Aufsuchende Gesundheitshilfen in Nürnberg). Zu den Aktivitäten im Partnerprozess in Erlangen-Höchstädt & Erlangen zählen neben den Beiträgen zur Gemeinsamen Gesundheitskonferenz (Entwicklung und Aufbau der gemeinsamen Gesundheitsstrategie, Gesundheitsförderung effektiv gestalten, Fördermöglichkeiten) auch Werkstätten, u. a. zu Partizipation und zum gemeinsamen Handeln für eine lebenswerte Kommune.

Wie Sie sehen sind die Themen breit gestreut und nahe an den Bedürfnissen vor Ort. Wir freuen uns, dass diese drei Gesundheitsregionen^{plus} und Partnerkommunen so aktiv sind und dass das Thema Gesundheitliche Chancengleichheit hier ein wichtiger Schwerpunkt ist. Auch die heutige Veranstaltung findet im Rahmen des bundesweiten Partnerprozesses „Gesundheit für alle“ statt. Die Dokumentation der Veranstaltung wird die heutigen Aktivitäten nochmal aufgreifen und kann somit als Leitfaden für viele weitere Gesundheitsregionen^{plus} in Bayern dienen. Gestalten Sie mit uns die Vision von einem chancengerechteren Leben für alle! Das ZPG wünscht Ihnen hierfür eine erfolgreiche und inspirierende Tagung!

Vorträge:

Stadtplanung - Entwicklung und Gestaltung gesunder Lebensräume

Siegfried Dengler, Stadtplanungsamt Nürnberg



Siegfried Dengler vom Stadtplanungsamt Nürnberg nach seinem Vortrag in der Diskussion mit Teilnehmenden

Die Stadtplanung als Disziplin wie wir sie heute kennen, war eine Reaktion auf die teilweise katastrophalen Lebensverhältnisse der Menschen zu Beginn des 20sten Jahrhunderts. Vordringliches Ziel war es, für gesunde Lebensverhältnisse zu sorgen: Kanalisation, Wasserversorgung, Elektrizität, Verkehrswege, gesunder Wohnraum, die Trennung von Wohnen und Arbeit, von Produktion und Reproduktion. Die moderne Stadtplanung war also aus der Notwendigkeit entstanden, gesunde Lebensräume zu schaffen.



Teilnehmende stellen Nachfragen an den Referenten

Stadtplanung und Gesundheit sind untrennbar miteinander verbunden. Denn die Stadt ist mehr als eine Ansammlung von Gebäuden. Sie bietet Heimat, Schutz, Arbeit, Begegnung. Sie ist gebaute Geschichte und das größte Artefakt, welches unsere Zivilisation hervorgebracht hat. Die Menschen, nicht die Häuser machen die Stadt, wusste bereits Perikles fast ein halbes Jahrtausend vor Christus.

Die Ziele der Stadtplanung sind heute in §1 des Baugesetzbuches festgeschrieben, nach dem die Bauleitpläne die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, aber auch die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen haben.



Teilnehmende im Austausch im Anschluss an die Vorträge



Teilnehmende während der Vorträge



Teilnehmende richten Fragen an die Vortragenden

In einer gesunden Stadt werden nicht nur die elementaren Grundbedürfnisse der Bewohner gewährleistet, sie bietet darüber hinaus Sicherheit, Möglichkeiten des sozialen Miteinanders, die Befriedigung individueller Bedürfnisse, die Produktion und Rezeption von Kunst und Kultur.

Weltweit wohnen bereits mehr als die Hälfte aller Menschen in Städten, in Deutschland werden es bald 80% sein. Das Leben in den Städten kann auch krank machen. Lärm, Verkehr, zu dichte Bebauung, überall drängelnde Menschen machen das Leben stressig. Dies ist vor allem ein sozialer Stress, der bestimmte Krankheiten begünstigen kann. Daher ist es für Stadtplaner wichtig, mit anderen Akteuren und Disziplinen zusammenzuarbeiten. Eine lebenswerte Stadt hat nicht nur eine effiziente Infrastruktur, sie bietet Anreiz und Stimulation sowie Erholung und Rückzug gleichermaßen. Die Stadt von morgen sollte ein Ort sein, in dem Gesundheit und Wohlbefinden aktiv gefördert und beeinflusst werden.



Straßenzüge ohne Bäume und Begrünung



Straßenzüge mit alleenartigem Baumbestand



Begegnungsorte mit Spielgeräten und Begrünung



Öffentlicher Raum als Verkehrsfläche

Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!

Christa Böhme, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)



*Christa Böhme,
Deutsches Institut für
Urbanistik, während
ihres Vortrags*

Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffen, mangelndem Zugang zu Grünflächen und bioklimatischen Belastungen. Dies macht es erforderlich, die Schnittstellen von Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Gesundheitspolitik in Städten stärker als bisher in den Blick zu nehmen. Für ein solches Zusammendenken von sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit steht Umweltgerechtigkeit. Als Leitbild zielt Umweltgerechtigkeit darauf, die sozialräumliche Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen zu vermeiden und abzubauen sowie einen sozialräumlich gerechten Zugang zu Umweltressourcen (z. B. öffentliche Grünflächen) zu gewährleisten. Auf kommunaler Ebene ist bislang nur vereinzelt eine systematische Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltgerechtigkeit zu erkennen.

Handlungsempfehlungen für ein erfolgversprechendes Vorgehen der Kommunen zur Schaffung von Umweltgerechtigkeit liegen als Ergebnis des vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) mit Zuwendung des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführten Forschungsvorhabens „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ vor. In einem aktuellen Forschungs-Praxis-Projekt wurden nun – aufbauend auf diesen Handlungsempfehlungen – zentrale Elemente des strategischen Ansatzes zu Umweltgerechtigkeit an Hand konkreter Planungs- und Umsetzungsvorhaben in drei Pilotstädten (Kassel, Marburg, München) modellhaft mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt. Im Vortrag wurden Ergebnisse aus beiden Forschungsprojekten vorgestellt.

Forschungsprojekte/Publicationen/

- Difu-Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“, mit Zuwendung des Umweltbundesamtes (2012-2014); URL: <https://difu.de/projekte/2012/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum.html>, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheit/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/umweltgerechtigkeit/forschungsprojekt-umweltgerechtigkeit-im>
- Difu-Forschungsvorhaben „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“, mit Zuwendung des Umweltbundesamtes (2015-2018); URL: <https://difu.de/projekte/2015/umsetzung-einer-integrierten-strategie-zu.html>, <https://www.umweltbundesamt.de/forschungs-praxis-projekt-pilotprojekt-in-deutschen>
- Böhme, Christa, Thomas Preuß, Arno Bunzel, Bettina Reimann, Antje Seidel-Schulze, Detlef Landua: (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau 2015 (Umwelt & Gesundheit 01/2015); URL: <https://difu.de/publikationen/2015/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum-entwicklung-von.html>
- Böhme, Christa, Arno Bunzel, (2014): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Expertise „Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit“ (Difu-Sonderveröffentlichung). URL: <https://difu.de/publikationen/2014/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum-expertise.html>

Umweltgerechtigkeit – Schritte und Wege: Handlungsempfehlungen (1)

- Zusammenwirken der für Umweltgerechtigkeit relevanten Verwaltungsbereiche (insbesondere Stadtplanung/Stadtentwicklung, Umwelt/Grün, Gesundheit, Verkehr, Statistik, Geoinformation) sicherstellen.
- Federführung für das Thema Umweltgerechtigkeit innerhalb der Verwaltung festlegen.
- Kommunalpolitik Bedarf und Relevanz sowie Mehrwert von mehr Umweltgerechtigkeit vermitteln
- Kommunalpolitischen Beschluss fassen, mehr Umweltgerechtigkeit schaffen zu wollen.

Handlungsempfehlungen zum Vortrag Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!

Umweltgerechtigkeit – Schritte und Wege: Handlungsempfehlungen (2)

- Als Handlungsräume für mehr Umweltgerechtigkeit mehrfach belastete städtische Teilräume (soziale Lage, Umweltsituation, gesundheitliche Lage) indikatorenbasiert identifizieren und mittels eines geographischen Informationssystems kartografisch darstellen .
- Als mehrfach belastet identifizierte städtische Teilräume mittels Vertiefungsindikatoren und ergänzender qualitativer Erhebungen gemeinsam mit der Bewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren detaillierter mit Blick auf Handlungsbedarf betrachten (Gebietsanalyse).
- Ebenfalls unter intensiver Beteiligung von Bewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren sollten für die betroffenen Teilräume dann detaillierte Ziele und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Handlungsempfehlungen zum Vortrag Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!

Umweltgerechtigkeit – Schritte und Wege: Handlungsempfehlungen (3)

- Formelle und informelle räumliche Planungen auf eine mögliche Integration von Belangen der Umweltgerechtigkeit prüfen (u.a. Stadt[teil]entwicklungskonzepte, Freiraumentwicklungskonzepte, Lärmaktionsplanung, Klimaanpassungskonzepte)
- Relevante Förderprogramme auf ihre Eignung zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten für mehr Umweltgerechtigkeit prüfen.

Handlungsempfehlungen zum Vortrag Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!

Instrumente zur Stärkung von Gesundheit in der Planung – ein Blick nach Nordrhein-Westfalen

Dr. Odile Mekel, Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW)



Dr. Odile Mekel, Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, während ihres Vortrags

Die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Deutschland verstand sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vornehmlich als Gesundheitsaufsichtsbehörde mit dem Ziel, Gesundheitsrisiken zu minimieren und möglichst unbedenkliche Lebensbedingungen zu schaffen. Mit diesem Gesundheitsschutz-Selbstverständnis brachte sich der ÖGD auf kommunaler Ebene (im Regelfall durch die kommunalen Gesundheitsämter) als Akteur auch in die Stadt- und Raumplanung ein. In den vergangenen zwei Jahrzehnten war diese einseitige Form der Beteiligung einem grundlegenden Wandel unterworfen. Als neues Paradigma ist (wie in der Stadt- und Raumplanung auch) die Stärkung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen hinzugetreten mit dem Ziel, die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung zu mehr. Entsprechend wird der ÖGD zunehmend auch als Akteur einer raumbezogenen Gesundheitsplanung wahrgenommen.

Laut §8 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGD-G NRW) sind die unteren Gesundheitsbehörden (kommunale Gesundheitsämter) der Kreise und kreisfreien Städte aufgefordert, in laufenden Planungs- und Entwicklungsverfahren Stellungnahmen abzugeben, wenn durch diese gesundheitliche Belange der



Beitrag des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im kommunalen Steuerungs- und Planungszyklus

Bevölkerung berührt werden. Das Landeszentrum Gesundheit NRW (LZG.NRW) unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung und Durchführung gesundheitsbezogener Planungen mit folgenden Zielen:

- Sensibilisierung der kommunal planenden Institutionen für die Notwendigkeit einer räumlich und bevölkerungsgruppenspezifisch differenzierenden Berücksichtigung gesundheitlicher Belange (auch im Hinblick auf vulnerable Bevölkerungsgruppen),
- Förderung integrierter Verfahrensweisen im kommunalen Verwaltungs- und Planungshandeln als Baustein zur Entwicklung eines gesundheitsförderlichen Settings Kommune (Health in All Policies- und Whole-of-Government-Strategie der WHO),
- verhältnispräventive Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung.

Gelingen soll dieser Anspruch auf zwei Wegen: über Planungsvorhaben, die aus dem ÖGD heraus entwickelt werden und im Rahmen übergreifender kommunaler Planungen.

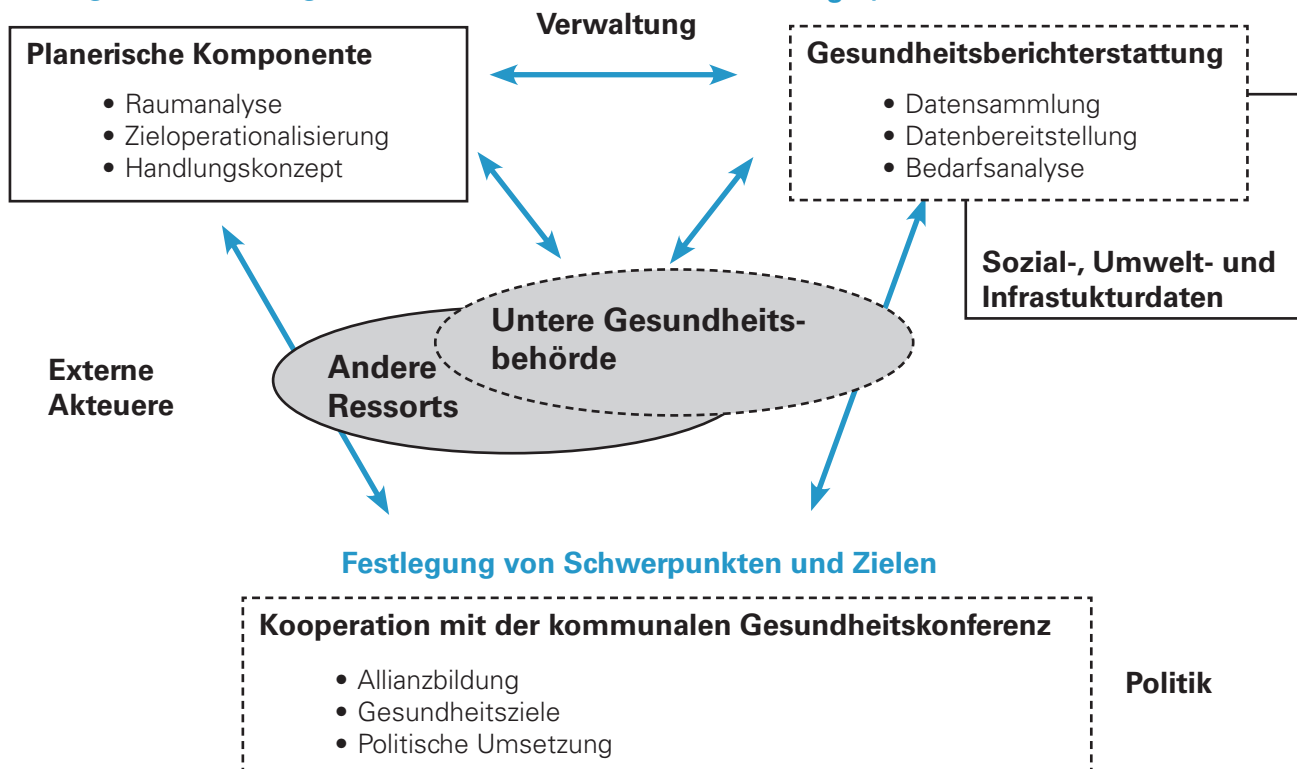
Lokaler Fachplan Gesundheit

Seit 2009 wird ein Konzept zur Einführung des lokalen Fachplans Gesundheit erarbeitet (siehe auch https://www.lzg.nrw.de/versorgung/ges_plan/fachplan_gesundheit/index.html). Dieser versteht sich als Instrument des ÖGD im kommunalen Steuerungs- und Planungszyklus (siehe Grafik Seite 16) und soll als Motor von der Problemanalyse und Bedarfsermittlung hin zur Maßnahmenplanung und -umsetzung wirken. Das Ziel besteht u.a. darin,

- gesundheitsbezogene Anliegen, sozialräumliche Besonderheiten und quartiersbezogene Handlungsbedarfe aktuell und prospektiv (räumlich) darzustellen, sowie
- gesundheitsbezogenem, verhältnisorientiertem Handeln in kommunalen Planungen mehr Stringenz, Transparenz, Konsens und Verbindlichkeit zu verleihen.

Aufbereitung von gesundheitlichen Belangen (Fachbeitrag)

Darstellung der gesundheitlichen Lage (Gesundheitsbericht)



bestehende Strukturen / Instrumente in der Unteren Gesundheitsbehörde (uGB)
aus uGB-Sicht neue bzw. zu integrierende Strukturen / Instrumente

Komponenten des Fachplans Gesundheit in Nordrhein-Westfalen

Leitfaden Gesunde Stadt

Basierend auf der Australischen Healthy Urban Development (HUD) Checklist wurde zudem der Leitfaden Gesunde Stadt entwickelt und zum Jahreswechsel 2016/2017 veröffentlicht. Dieser soll einerseits die Gesundheitsämter darin unterstützen, eine aktive Rolle bei Planungs- und Entwicklungsvorhaben vor allem im kommunalen Rahmen einzunehmen, u.a. durch die Strukturierung und inhaltliche Anreicherung von Stellungnahmen hinsichtlich gesundheitlicher Belange. Er soll andererseits aber auch dazu beitragen, die bereichsübergreifende Zusammenarbeit in der kommunalen Verwaltung, z.B. aus den Bereichen Gesundheit, Stadtplanung, Umwelt und Soziales zu stärken, um potenziell gemeinsame Projekte zu identifizieren und gemeinsam Orte zu schaffen und zu gestalten, in denen Menschen gesund und zufrieden leben können. In diesem Sinne kann und soll der Leitfaden auch dazu

genutzt werden, um gerade in Landkreisen mögliche administrative Grenzen zwischen kreisangehörigen Kommunen und der Kreisverwaltung zu überwinden. Hierzu werden für unterschiedlichste Themenfelder mit Gesundheitsbezug Fragen formuliert. In unabhängig voneinander nutzbaren Kapiteln werden Informationen, Handlungsanleitungen und Checklisten zu unterschiedlichen gesundheitsrelevanten Aspekten aufbereitet. Die Themen reichen von Mobilität über Grünanlagen, öffentliche Plätze, Arbeitsbedingungen und dem Zugang zu gesunden Lebensmitteln bis zu sozialem Zusammenhalt und zur Infrastruktur. Der Leitfaden Gesunde Stadt bietet über einen umfangreichen Katalog an Schlüssel- und Detailfragen konkrete Anhaltspunkte und praxisorientierte Empfehlungen, um gesundheitsrelevante Aspekte bei der Planung zu erkennen, zu bewerten und zu berücksichtigen.

Struktur des Leitfadens Gesunde Stadt

- **Abschnitt A (6 Kapitel): Hintergründe und Erläuterungen, um Verständnis für planerische Aktivitäten an der Nahtstelle Gesundheit und Umwelt (weiter) zu entwickeln; ferner: Kurzleitfaden!**
- **Abschnitt B (10 Kapitel): Inhaltlich orientierte Themenkapitel mit kurzer Bestandsaufnahme und (kommunal-)politischen Strategien, Fragenkatalog**
- **Abschnitt C (2 Kapitel): Spezielle Kontexte und Aspekte, die über den Leitfaden hinausgehen**
- **Literatur & Glossar**
- **Anhang**
 - **Kurzfassung Checklist**
 - **Evaluationsbogen**
 - **Vorlage zur Vorbereitung einer Stellungnahme**

Siehe auch:

https://www.lzg.nrw.de/versorgung/ges_plan/gesunde_stadt/index.html

Struktur des Leitfadens Gesunde Stadt

Ausblick

Das Konzept zum Fachplan Gesundheit wurde bereits mehrfach erprobt und zeigte hierbei vielfältige Potenziale gerade auch im Hinblick auf das kommunale Gestaltungspotenzial, den Mehrwert integrierter Verfahrensweisen im kommunalen Verwaltungs- und Planungshandeln und letztlich eine gesundheitsförderliche Kommunalentwicklung auf. Jedoch wurden auch rechtlich-administrative ebenso wie ressourcenbezogene Grenzen des bisherigen Fachplankonzepts aufgezeigt.

Der Leitfaden Gesunde Stadt hat in den ersten 1,5 Jahren bereits eine starke Resonanz sowohl in wissenschaftlichen Kreisen als auch und insbesondere in der Verwaltungspraxis erfahren. Zwar fehlen derzeit noch Erfahrungsberichte zum Einsatz bei konkreten Planungsvorhaben; erste Rückmeldungen zum Einsatz zeigen jedoch, dass der Leitfaden den sektorenübergreifenden Dialog sehr gut fördern kann, und dies auch allein schon innerhalb von Gesundheitsämtern (z.B. zwischen Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung und (Umwelt-)Hygiene).

Vorerst bleibt festzuhalten:

- „Gesundheit in der Planung“ besitzt weiterhin Optimierungspotenzial.
- Die Erfahrungen mit den Instrumenten zeigt, wie bedeutsam integrierte Ansätze für eine nachhaltige und gesundheitsförderliche Kommunalentwicklung sind.
- Weitere Sensibilisierung und Qualifizierung für das Thema „Gesundheit in der Planung“ ist erforderlich, so u.a. auch im kommunalpolitischen Raum.
- Eine Weiterentwicklung von Angeboten und Instrumenten des LZG.NRW gewinnt ungemein, wenn sie gemeinsam mit den Kommunen und über Erfahrungsberichte geschieht.

Aus diesem Grunde wurde Ende 2017 die AG Gesundheit in der Planung für den ÖGD in NRW ins Leben gerufen.

Schlüsselfragen und Fragenkatalog

Schlüsselfragen (Beispiel Sozialer Zusammenhalt und Integration)

Inwieweit fördert das Projekt die ...

**Redundanzen und Querverweise
explizit gewollt!**

ZI 1: Schaffung von Umgebungen, die die soziale Interaktion und Verbindung zwischen den Menschen fördern

Code	Frage
ZI 1.1	Unterstützt das Projekt die Etablierung von gemeinschaftlich nutzbaren Einrichtungen oder Treffpunkten, die ein Gemeinschaftsgefühl fördern (z. B. gemeinsamer Standort für Einzelhandel und kommerzielle, kommunale und gemeinschaftliche Nutzungen)?
ZI 1.2	Unterstützt das Projekt die Etablierung kleinräumiger Nachbarschaften, die soziale Interaktion und lokale Identität fördern?
ZI 1.3	Bestehen Regelungen für die rechtzeitige Bereitstellung von zentralen gemeinschaftlichen Einrichtungen, die soziale Netzwerke bilden und Angebote unterstützen, wie zum Beispiel ein Gemeindezentrum und eine Grundschule? (siehe Kapitel 13 „Soziale Infrastruktur“)
ZI 1.4	Wird das Projekt Veranstaltungsorte für gemeinschaftliche und kulturelle Events und Aktivitäten bereitstellen, die bequem zugänglich und einfach mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind? (siehe Kapitel 13 „Soziale Infrastruktur“)
ZI 1.5	Sind attraktive Plätze geplant, an denen Menschen sich begegnen, treffen und versammeln können, wie zum Beispiel in Parks mit Spielplätzen oder Grillplätzen, Geschäftsbereichen und Cafés? (siehe Kapitel 10 „Öffentliche Freiräume“)
ZI 1.6	Sind Geschäftsbereiche so gestaltet und platziert, dass soziale Interaktion und nachbarschaftliche Aktivitäten gefördert werden?
ZI 1.7	Fördert das Projekt durch die Quartiersgestaltung und die Lage von wichtigen Zielen das zu Fuß gehen? (Siehe Kapitel 11 „Körperliche Aktivität“ und Kapitel 7 „Mobilität und Erschließungsqualität“)
ZI 1.8	Sind Ressourcen für Quartiersentwicklungsstrategien bereitgestellt, die gemeinschaftliche Aktivitäten und Events initiieren sowie Selbsthilfegruppen und gemeinschaftlichen Organisationen bei der Entstehung helfen?
Städtebau	
ZI 1.9	Sind bei größeren Wohnbebauungen gemeinschaftlich nutzbare Flächen vorgesehen?
ZI 1.10	Unterstützt das Projekt lokale Arbeitsplatzmöglichkeiten, so dass es Menschen ermöglicht wird, in der Nähe ihrer Wohnorte zu arbeiten und Pendelzeiten zu minimieren? (siehe Kapitel 8 „Gesunde Arbeitsverhältnisse“)

Beispiel zum Aufbau und Inhalt der Detailfragen zu den 10 Themen in Abschnitt B

Workshops

Workshop Umweltgerechtigkeit

Christa Böhme, Eva Göttlein

Fragestellungen: Gibt es Andockpunkte für das Thema Umweltgerechtigkeit in meiner Kommune? Wer können Verbündete für das Thema sein? Wie kann die Bewohnerschaft einbezogen werden?

Der Workshop 1 zum Thema „Umweltgerechtigkeit“ wurde mit der Walt-Disney-Methode umgesetzt. Die Walt-Disney-Methode ist eine Kreativitäts- und Zukunftsmethode, bei der eine Gruppe von Personen ein Problem aus drei Blickwinkeln betrachtet und diskutiert.

Phase I: Die Wunschvorstellung. In dieser Phase werden Ideen, Wünsche, Vorstellungen, Visionen formuliert, ohne Bedenken und ohne Anspruch auf Realisierungsmöglichkeit und ohne kritische Analyse.

Phase II: Die Hindernisse. In dieser Phase geht es darum, die Hindernisse, Hemmnisse und Realitäten zu formulieren, pragmatisch und kritisch.

Phase III: Die Lösungen. Abschließend werden Lösungsansätze und machbare Kompromisse unter Betrachtung der Wunschvorstellungen und Hindernisse diskutiert.

Wunschvorstellung (Runde 1)

Andockpunkte	Verbündete	Bewohnerschaft
Programm ‚Soziale Stadt‘	Gewerbetreibende	Menschen mit mehr und weniger Ressourcen
Leitbilder	Gastronomie	Kurzzeitige Bewohner*innen (u.a. Studierende)
Planungen	Automobilhersteller	Verursacher*innen kommen für entstehende Kosten auf
Health in all policies: Gesamtstrategie für lebenswerte Stadt	ÖPNV	CO2 - Zertifikate
Klimaanpassungskonzept	Politik/Mandat	Verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenbringen
Verpflichtende Grün-/Ausgleichsflächen	Industrie	Gleichwertig ↔ Gleichartig
Kleinräumige Daten	Wirtschaft	Sozialschwache Bewohnergruppen
Leitbild „Gesunde Stadt“ sektorenübergreifend	Wissenschaft	Senior*innen
Unterbindung Wohnungsspekulation + Profitorientierung		
Vernünftige Mietpreispolitik		
Lebenswerte Plätze		
Ruhender Verkehr ohne Lärmbelastung		
Radverkehr – Parken – ÖPNV		

Hindernisse (Runde 1)	Lösungen (Runde 1)
Alles zu teuer! Zu wenig Personal Atem zu kurz und politische Prozesse zu lang Zu wenig ressortübergreifendes Arbeiten Thema nicht präsent/populär, steht nicht an 1. Stelle Umweltgerechtigkeit ist „neuer Begriff“ und noch nicht verankert Stark wissenschaftliches Thema, das noch nicht in der Politik angekommen ist → noch nicht wichtig in der Politik in der Umsetzung Fehlendes Gremium für integriertes Stadtentwicklungskonzept Fehlender mittelfristiger Investitionsplan Fehlende Verbindlichkeiten Gute und erfolgreiche Maßnahmen versanden in der Verwaltung Verwaltung und Politik passt nicht zusammen! „Bringt ja eh nichts, weil man nie alle zufrieden stellen kann“ (Bürger*innen → Parkplätze / Grünflächen) Fehlendes Geld in der Kommune → Investition Kosten über staatl. Förderprogramme → Unterhalt / Pflege bleibt in der Kommune Mangelhafte Versorgung mit Hundetüten (Grünflächen) Fehlender Zugriff auf Flächen für Planung (private Flächen vs. Enteignung) Platz wird weniger Private ökologische Kosten für Auto werden auf Allgemeinheit verlagert Langjährige Autotraditionen Zu große Lobby der Autoindustrie	Umweltgerechtigkeit ständig thematisieren Aktive Stadträt*innen in die Planung einbeziehen (→ Politik) Politische Arbeit an der Basis Politik mit Daten und Fakten konfrontieren (Belastungskarten) Politiker*innen als „Motoren“ Einfach mal anfragen (→ Nachhaltigkeit?) Kooperationen, Netzwerke, viele Partner*innen Nutzen was da ist Kampagnen über Umweltbundesamt / Gesunde Städte Netzwerk Ähnliche Ziele bei Gesundheit + Umwelt → bündeln

Wunschvorstellung (Runde 2)

Andockpunkte	Verbündete	Bewohnerschaft
Programm Soziale Stadt	Politik	Planung „Sport und Bewegung für alle!“ (Kostenlos niederschwellig für alle)
Leitbilder	Einrichtungen vor Ort	Bewohnerbefragung nach Bedürfnissen
Planungen und Konzepte	Institutionen	Ansprache durch geeignete Kommunikation (keine Fachsprache)
Gärten in der Stadt	Schulen, Kitas, Bürgertreff	Beteiligung über Urban Gardening
Nachhaltige Ökologie	Multiplikatoren	Unterschiedliches Gesundheitsverständnis →
Freiräume	Wohnungs-/Hauseigentümer	Alle Ansätze / Perspektiven in den Blick nehmen
Ökobilanzen	Eigentümer von Gewerbeimmobilien	Gesundheit- und Umweltbildung für alle!
Private Kosten für Bauvorhaben dürfen nicht auf die Öffentlichkeit abgewälzt werden → Nichtraucherschutzgesetz!	Gesundheitslotsen, Mittler	
Bänke auch auf Wegen aufstellen, nicht nur auf Plätzen		
Mehr Bänke!		
Öffentliche Toiletten		
Große Kampagnen zur Umweltgerechtigkeit, begleitet durch Aktionen		



Teilnehmende beim gemeinsamen Sammeln von Ideen



Teilnehmende im Austausch während des Workshops

Hindernisse (Runde 2)	Lösungen (Runde 2)
Begriff „Gesundheit“ sollte eher als „Lebensqualität“, „Wohlbefinden“ oder „Daseinsvorsorge“ bezeichnet werden Politik Gesetze Populistische Politik als Feigenblatt Club der deutschen Unternehmer*innen Gegenbewegung Bequemlichkeit (Auto vor die Tür fahren) Langsamer und unbequemer ÖPNV Krankheit wird individualisiert Eigentumsverhältnisse Gesundheitsförderung muss Pflichtaufgabe sein! Komplexe Planungsprozesse Vorhandene schlechte Bedingungen / stehen nicht zur Debatte Auseinandersetzung mit Bestand und Bestandsflächen Anforderungen an Lärmschutz bei Neuanlagen ↔ Bestandsgebäude Haltung der Zusammenarbeit in Verwaltung Geld Ressourcen „Freiwillige Selbstverpflichtung“ Fachleute werden nicht in Planungen eingebunden Zielkonflikte (zwischen Bewohnergruppen) Wohlstand definiert sich oft über Differenzen „Es ist gerecht, weil ich mehr verdiene, darf ich schöner wohnen!“ Segregation – Verdrängung – neue Ghettos Wissen wie Umwelt Gesundheit beeinflusst	Instrument „städtebaulicher Vertrag“ → z.B. öffentliche Grünfläche einrichten! Kommunales Vorkaufsrecht in Sanierungsgebieten Pilotprojekt: Gratis ÖPNV Kommunale Verarbeitung von „Gesundheit“ in allen Sektoren Gremium Landesrahmenvereinbarung mit Kommunen erweitern Steuerung durch staatliche Förderprogramme Mehr Vernetzung Diskurs → Umweltgerechtigkeit durch ungleiche „Vermögensverhältnisse“

Workshop Nachverdichtung

Hermann Weichselbaum, Frank Weyherter

Die Workshop-Leiter führten die beiden Diskussionsrunden zu Beginn jeweils mittels einer kurzen Einführung in das Thema Nachverdichtung ein, ehe der Meinungsaustausch erfolgte. Nachverdichtung stellt eine Innenentwicklung dar, bei welcher „Leerstellen“ einer Stadt genutzt werden und die (Wohn-)Bauflächenpotentiale im innerstädtischen Bereich in Anspruch genommen werden. Dies kann unter anderem durch Schließen von Baulücken, Aufstockung von Gebäuden und Flächenrecycling geschehen. Als Grenzen dieser Maßnahmen wurden Grundstücksverfügbarkeit, Konkurrenz zu anderen Nutzungen und die Verträglichkeit und Akzeptanz von hoher städtebaulicher Dichte genannt. Frank Weyherter vom Stadtplanungsamt der Stadt Nürnberg wies auf die positiven Folgen einer gelungenen Nachverdichtung hin. So kann eine bauliche Ergänzung einen Mehrwert für die Nachbarschaft bringen, da bestehende Geschäfte durch die zusätzlichen Bewohner eine höhere Auslastung erhalten und nicht abwandern müssen. Dadurch findet eine bessere Auslastung der Infrastruktur statt, sodass es zu einer „Stadt der kurzen Wege“ kommen und ein wichtiger Beitrag zum Flächensparen geleistet werden kann. Als negative Gesichtspunkte bezeichnet er den Verlust an städtebaulichen Qualitäten, die Überbauung von Freiräumen und die gesundheitlichen Risiken. Zu den gesundheitlichen Risiken zählen klimatische Belastungen, welche sich durch Hitzetage und Tropennächte bemerkbar machen. Die Belastungen durch Lärm haben direkten Einfluss auf die Zahl der Herzerkrankungen und Schlaganfälle vor Ort. Die hohe bauliche Dichte, die fehlenden bzw. unzureichenden Freiräume und die immer größer werdende Anonymisierung lassen sich als Stressfaktor „Dichte“ charak-

terisieren. Um die genannten Punkte zu minimieren, werden Präventivmaßnahmen initiiert. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden beispielsweise geschaffen, indem zur ausreichenden Belichtung, Besonnung, Belüftung bestimmte Abstandsflächen und zum Lärmschutz festgelegte Höchstwerte eingehalten werden.

Angeregt durch das Impulsreferat kam es in beiden Durchläufen des Workshops zu interessanten Diskussionsbeiträgen. Als Risiken der Nachverdichtung wurde zum einen auf die negativen Auswirkungen auf das Klima hingewiesen, da teilweise große Grünflächen und Baumbestände weichen müssen, wodurch gesetzte Umweltziele nicht immer erreicht werden können. In diesem Kontext wurde auch zum Thema „Grünflächen“ genauer diskutiert. So wurde die Gefahr einer zu hohen Nachverdichtung hervorgehoben, bei welcher der Grünflächenanteil immer weiter reduziert wird. Deshalb sollte bei der Nachverdichtung die Dichte der Baugestaltung berücksichtigt werden und das Thema „Grünflächen“ wieder mehr Beachtung finden. Als drittes Risiko einer engeren Bebauung wurde die Überlastung der Infrastruktur diskutiert. In Erlangen entstehen beispielsweise aktuell viele Studentenwohnungen in bisherigen Wohnhäusern und auf ehemaligen Gewerbeflächen, sodass ein Stellplatzmangel die Folge ist. Zum anderen müssen soziale Einrichtungen vergrößert bzw. nachverdichtet werden, denn sowohl Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen, als auch Einkaufsmöglichkeiten sind mancherorts in zu geringem Ausmaß vorhanden. Als letzten Kritikpunkt empfanden die Teilnehmer die ungerechte Verteilung der Nachverdichtungsräume.



Frank Weyherter gibt eine Einführung in das Thema

Vorwiegend findet diese in Gebieten mit vergleichsweise dichter Bebauung und ärmerer Bevölkerung statt. In dem Workshop wurden allerdings nicht nur mögliche negative Folgen einer Nachverdichtung diskutiert, sondern auch positive Ergebnisse, welche bereits im einleitenden Vortrag angesprochen wurden, dargestellt und mit folgender Aussage eines Teilnehmers abgerundet: „Die Nachteile treten eigentlich nur auf, wenn man ungeschickt nachverdichtet. Ich sehe eher weniger Gefahren, als positive Chancen, auch in gesundheitlicher Hinsicht.“



Teilnehmende berichten von ihren Erfahrungen

Neben direkten Auswirkungen der Nachverdichtung kam es in den Gesprächen auch zu Vorschlägen, wie die Planung verbessert werden könnte. Als Verbesserungsmöglichkeiten wurden zum einen Lärmschutzbebauungen angeregt. Allerdings sollte diese durch natürliche Faktoren erreicht werden, wie beispielsweise durch Baumgruppen und nicht aus dem Sozialen Wohnungsbau bestehen. Zum anderen wurde besprochen, dass mehr Informationspolitik mit einer offeneren Kommunikation betrieben werden muss. Eine viel debattierte Aufgabe der Planung drehte sich jedoch um das Planungsrecht, welches mittels Bebauungsplänen besser durchgesetzt werden sollte. Hier wurde sich vor allem für eine bessere Steuerung durch eine konsequentere Anwendung des Baurechts und eine zeitliche Synchronisierung der Baumaßnahmen ausgesprochen. Des Weiteren sollte der Gesetzgeber genauere Vorschriften ausarbeiten, da sonst ein „freies Wachstum“ der Stadt nur schwer kontrollierbar wird.

Eine ebenfalls sehr intensive Diskussion fand rund um das Thema „Bürgerbeteiligung“ statt. Hier wurde anfangs eine gewisse Teilnahmslosigkeit der Anwohner*innen bemängelt, was häufig daran liegt, dass in Gebieten, in denen nachverdichtet wird, vorwiegend Studierende und Menschen mit Migrationshintergrund leben. Diese zeigen meist entweder nicht viel Interesse, da sie sich nur wenige Jahre in dieser Region aufhalten oder nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Deshalb kam die Forderung auf, dass auf solche Bevölkerungsgruppen besser einzugehen sei und diese direkt zu informieren sind, da sie sich nur selten eigenständig informieren. Eine Teilnehmerin aus dem medizinischen Bereich fasste die Thematik folgendermaßen zusammen: „[Die] Medizin macht eine tiefgreifende Wandlung durch, wenn sie ihre Kommunikation ändert [...]. Das riesige Fachwissen herunterzubrechen auf die Bedürfnisse und Bedarfe [...] nicht nur der Einzelnen, sondern inklusive der Kinder, der Senioren, der Infrastruktur, der Umweltprobleme. Das verstehen die Menschen sehr gut, aber man muss ihnen die Möglichkeit geben es zu verstehen. Das ist anstrengend und dafür müssen wir von unserem Herrschaftswissen ein Stück weit runter, was anstrengend ist, denn wir verlieren damit ein bisschen Machtanspruch. Aber wir gewinnen sozialen Frieden und das ist das Entscheidende auf die lange Sicht.“ Weiterhin wurden auch Probleme mit den Anrainern angesprochen, die sich ebenfalls von Nachverdichtungsmaßnahmen in ihrem direkten Umfeld betroffen fühlen. Anknüpfend daran kam es zu dem Vorschlag, nicht nur direkt Betroffene vor Ort anzusprechen, sondern ebenso potentielle Bewohner. Hierzu zählen beispielsweise Menschen, die dringend Wohnraum suchen. Der Blick sollte also vom direkten Umfeld auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Um verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Mitsprache zu erleichtern, sollen die Informationen leichter verständlich und mit Bildern ergänzt werden.

Zuletzt wurde festgehalten, dass es zu einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen innerhalb der Gebietskörperschaften kommen muss und dass die Fachtagung ‚Gesundheit und Stadtplanung‘ dafür ein guter Grundstein war, um andere Akteur*innen kennenzulernen und untereinander verstärkt in Kontakt zu treten und sich auszutauschen.

Workshop Verkehr

Lukas Bernet, Zsuzsanna Majzik und Sebastian Gmehling

Unter der Leitung von Lukas Bernet, Zsuzsanna Majzik und Sebastian Gmehling behandelte der Workshop Verkehr in einem ersten Teil die Frage, welche Maßnahmen und Strategien es gibt, um die Gesundheit der Anwohner*innen in stark befahrenen Straßen zu schützen und inwieweit diese derzeit zum Einsatz kommen. In einer zweiten Fragestellung wurden Faktoren und Strukturen im Quartier ermittelt, die den Rad- und Fußgängerverkehr fördern.

Zunächst informierte Lukas Bernet die Anwesenden über die aktuelle Situation in Erlangen. Er wies insbesondere auf die Luftqualität hin und demonstrierte die sensiblen Achsen der Stadt. Weiterhin erläuterte Lukas Bernet das Thema Lärmschutz und stellte die Maßnahmen der Verkehrsplanung mit Berücksichtigung von Lärmschutzaspekten aus dem Umgebungslärm-Aktionsplan vor.

Der sogenannte Verkehrsentwicklungsplan befasst sich mit dem ÖPNV, MIV, Fuß- und Radverkehr. Folgende Maßnahmen werden darin verfolgt: Verkehrsreduzierung in stark belasteten Achsen, Verkehrsverlagerung auf leistungsstarken Straßen oder die Umgestaltung des Verkehrsraums durch die Förderung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs.

In der darauffolgenden Diskussion war das Hauptthema das Pendleraufkommen, das täglich die Großstädte belastet. Der Schadstoffausstoß fällt in den betroffenen Durchfahrtsstraßen besonders hoch aus. Viele Autofahrer wohnen in den umliegenden Dörfern, weit entfernt von der nächsten Bahnstation. Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ist im Umland

allerding nur dann attraktiv, wenn die Baugebiete über einen guten ÖPNV-Zugang verfügen. Um weitere gezielte Maßnahmen zur Verringerung des Pendlerverkehrsdurchführen zu können, wären Befragungen im Sinne von Bedarfsanalysen nötig, um die Zielorte und Absichten der Fahrer herauszufinden. Wo fahren Sie hin und warum nutzen Sie das Auto?

Lukas Bernet schlug daraufhin das Mobilitätskonzept park and ride vor. Eine andere Stimme hielt kostenpflichtige Parkplätze bei Unternehmen für sinnvoll, sofern deren Arbeitnehmer ein vergünstigtes ÖPNV-Ticket in Anspruch nehmen können. Damit würde sich die Zahl der Pendler enorm reduzieren und die Pendlerströme verringern. Um dies jedoch verpflichtend durchsetzen zu können, wäre eine gesetzliche Verankerung nötig, beispielsweise im Landesentwicklungsprogramm. Aktuell wird der Verkehr von sensiblen Achsen ausschließlich umgelenkt anstatt ihn zu reduzieren. Jedoch stellt sich die allgemeine Verkehrsreduzierung auch durch die Anforderungen an die heutige, hochmobile Gesellschaft als sehr schwierig heraus.

Einerseits gehen bei Kommunen viele Beschwerden von Kindern und Eltern über zu schnelles Autofahren vor allem auf Schulwegen ein. Andererseits klagen KFZ-Fahrer, dass alternative Strecken zu viel Fahrzeit in Anspruch nehmen, da sich dort meist geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen wie Ampeln, Zebrastreifen, etc. befinden.

Eine weitere Idee bestand darin, den Wohnraum wieder möglichst nah an den Arbeitsplatz zu positionieren, um das Pendlerverhalten weiter einzugrenzen.



Teilnehmende beim Austausch ihrer Erfahrungen



Dokumentation der Workshop-Ergebnisse

Dies wäre gesamtökologisch sehr sinnvoll, denn Pendler verlieren durch ihre tägliche Fahrtzeit an Lebenszeit und an Lebensqualität. Außerdem entstehen durch das Pendeln hohe Kosten für das Individuum.

In Erlangen gibt es aktuell mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Ein regionales Denken wäre an dieser Stelle wünschenswert. Mit Blick auf die permanente Nachverdichtung müsste auch der Zuzug in die Städte gebremst werden. Wo ist es sinnvoll Wohnraum anzubieten?

Im zweiten Teil des Workshops wurden die Hemmnisse und Wünsche in Bezug auf den Fuß- und Radverkehr ausgetauscht. Bemängelt wurden zu kleine Fußgängerwege. Der Platz für Mobilität sei dort nicht ausreichend vorhanden. Nicht nur das Passieren zweier Fahrräder macht Schwierigkeiten, teilweise sogar das nebeneinander Gehen von zwei Fußgängern. Zudem gibt es gerade in Erlangen keine vernünftigen Verkehrsmittelabstellplätze, weder für das KFZ, noch

das Fahrrad. Jedoch befindet sich die Stadt Erlangen aktuell in der Planungsphase für ein Fahrradparkhaus, dass direkt am Bahnhof entstehen soll. Insgesamt stellt sich die Frage, wie die Straße genutzt werden kann. Wie breit soll die Straße sein und wieviel Anteil erhält welches Verkehrsmittel?

Durchgängige Fahrradwege scheinen nicht gewollt. Zwischen den Fahrradfahrern und den Autofahrern herrscht beidseitig eine negative Mentalität. So dominieren in der Universitätsstraße die Radfahrer, konträr dazu in der Neuen Straße die Autofahrer. Auch wenn die Autofahrer häufiger den Verkehr dominieren, wäre ein Umdenken hilfreich. Alle Verkehrsteilnehmer sollten grundsätzlich auf ein respektvolles und sicheres Miteinander achten.

Eine wichtige Komponente bei der Verkehrsmittelwahl ist die Zeit. Welchen Ort erreiche ich in welcher Zeit? Ein Teilnehmer berichtet, dass die Einführung von Gleitzeit bei Siemens Amberg den Verkehr stark entlasten konnte. In der französischen Partnerstadt Erlangens beschäftigt die Kommune einen sog. Zeitmanager, der sich um unterschiedliche Öffnungs- und Arbeitszeiten bei verschiedenen Unternehmen oder Institutionen bemüht, u.a. um ein hohes Verkehrsaufkommen in Stoßzeiten zu verhindern.

Bemängelt wurde auch die Kommunikation mit dem VGN. Die Benutzung des ÖPNV fällt vielen Menschen schwer und stellt daher eine Hemmschwelle dar, die zunächst überwunden werden muss. Der ÖPNV muss also für alle Nutzer attraktiver und unkomplizierter gestaltet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der motorisierte Individualverkehr unattraktiver und unbequemer werden muss, um somit die Autos aus der Stadt zu verdrängen. In gleicher Weise gilt es, den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV attraktiver zu gestalten.



Teilnehmende während der Workshops

Workshop Gestaltung des öffentlichen Raums

Dr. Odile Mekel, Melanie Mengel, Dieter Blase, Stefan Boos



Vorstellung von Praxisbeispielen aus Nürnberg

Inhalt

- Auseinandersetzung mit der Frage: Wie können öffentlicher Gesundheitsdienst und Stadtplanung für eine gesundheitsförderliche Stadtentwicklung konstruktiv zusammenarbeiten?
- unter Nutzung des „Leitfadens Gesunde Stadt“ Diskussion von Beispielen aus der Praxis aus unterschiedlichen Perspektiven

Mitwirkende

- Dr. Odile Mekel (Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen)
- Melanie Mengel (Gesundheitsamt Nürnberg/ Gesundheitskoordination für den Stadtteil St. Leonhard/ Schweinau)
- Dieter Blase und Stefan Boos (Quartiersmanagement St. Leonhard/Schweinau)

An den beiden Workshop-Runden nahmen insgesamt etwa 30 Personen teil, die aus den verschiedenen Tätigkeitsfeldern kamen: Stadtplanung, Sportämtern, Krankenkassen, Gesundheitsregionen^{plus}

Einstieg

Melanie Mengel, Dieter Blase und Stefan Boos stellen den Nürnberger Stadtteil St. Leonhard/Schweinau vor unter der Frage „Wie kann der öffentliche Raum Gesundheit oder gesundheitsförderliches Verhalten lindern oder stärken?“

Herausforderungen des Stadtteils

- hohe Bevölkerungsdichte
- hoher Anteil von Familien
- 48% der Bewohner*innen beschreiben ihren allgemeinen Gesundheitsstatus als gut oder sehr gut
- Daten der Schuleingangsuntersuchung zeigen sprachliche und motorische Entwicklungsdefizite und ein über dem städtischen Durchschnitt liegendes Übergewicht
- junger Altersdurchschnitt von 39 Jahren
- geringe Wohndauer und geringe Bindung an den Stadtteil
- hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
- viele Unterkünfte für Geflüchtete
- geringer Anteil von Grünflächen
- defizitäre Wahrnehmung der vorhandenen Grünflächen
- Umweltbelastungen: Luftqualität, Lärm, Hitze
- Insellage durch Frankenschnellweg, Rothenburger Straße, Müllverbrennungsanlage
- Lage wirkt, trotz U-Bahn Anbindung, einschränkend auf die Mobilität der Bewohner*innen in umliegenden Stadtteilen und die Innenstadt

Als Gesamtkonzept für den Stadtteil sollen im Hinblick auf Gesundheit verhaltens- **und** verhältnisbezogene Maßnahmen ergriffen werden.

Vorstellung von Strategien zur Adressierung der Problemlagen

- 1) Räume gewinnen
 - Qualifizieren bestehender Räume
 - Beispiel: Bewegungstreffs, Nachbarschaftsgärten, Urban Gardening
 - Ziel: Begegnungen zwischen Menschen ermöglichen und Aufenthaltsqualität steigern
- 2) Bewohner*innen erreichen und beteiligen
 - Gestaltung der Partizipation der Bevölkerung ist mehr als nur ein einseitiger Informationsfluss
 - Beteiligung heißt nicht: bereits getroffene Entscheidungen abnicken
 - Beteiligung heißt: mitwirken, mitentscheiden, mitplanen, mitumsetzen
 - Beteiligung heißt auch: die Beteiligten können das Ergebnis direkt erleben oder zumindest erkennen, was sie bewirken können

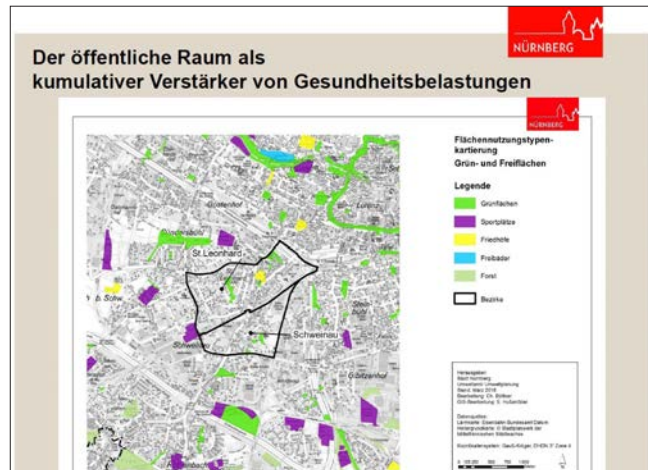
Fragen, die in der anschließenden, fachübergreifenden Diskussion aufkamen

- Wem gehört der öffentliche Raum?
- Wer äußert sich und in welcher Form?
- Wie erreiche bzw. aktiviere ich die Menschen?

Diskussion anhand eines Beispiels mit Blick auf den Fragenkatalog aus dem „Leitfaden Gesunde Stadt“ des LZG NRW: geplanter Grünzug, von dem Schweinauer Buck bis zum Westpark, der helfen soll, neue Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen und dem bottom-up Ansatz folgt

- Hat die zukünftige Bevölkerung Zugang zu Grün- oder Naturräumen innerhalb ihrer unmittelbaren Wohnumgebung?
- Ist der Freiraum barrierefrei zugänglich und integrativ?

Aufgrund der Entfernung bzw. der größeren Straßen, die als Barriere fungieren, wäre der Grünzug mit seinem Einzugsgebiet für bestimmte Bereiche im Stadtteil nicht gut erreichbar; durch attraktive Gestaltung des Grünzugs wäre auch eine Aktivierung von Bewohner*innen aus eher abgelegenen Bereichen möglich.



Bei der Nutzung des „Leitfadens Gesunde Stadt“ und seines Fragenkataloges ist zu beachten, dass er nicht in allen Punkten umgesetzt werden muss, beziehungsweise auch gar nicht werden kann. Er dient insbesondere dazu, die Anwender*innen auf bisher unbedachte Punkte aufmerksam zu machen und zum Nachdenken anzuregen.

Fazit des Workshops

Für das Gelingen von Projekten ist es erforderlich, ein Gesamtkonzept zu erstellen, auch um sich Gehör verschaffen zu können. Des Weiteren hat es sich bewährt, nicht bei jedem Projekt eine neue Veranstaltung durchzuführen, sondern an bestehende Strukturen, zum Beispiel an Orte oder Feste, die bereits gut besucht sind, anzuknüpfen, um so an Schlüsselakteure oder Mittler zu gelangen.

Teilnehmende während der Workshops



Diskussion während des Workshops

Diskussion

Die Abschlussdiskussion fand im Fish Bowl Format statt und warf die Frage auf, was gerecht ist und wann von Umweltgerechtigkeit oder Bedarfsgerechtigkeit die Rede ist. Zudem tauschten sich die Teilnehmenden über die auf motorisierten Individualverkehr ausgelegten Mobilitätskonzepte und deren fehlenden Weitblick aus.

Abschließend wurde festgehalten, dass Gesundheit und Stadtplanung viele Schnittmengen aufweisen und gleiche Ziele teilen – die Veranstaltung kann in diesem Sinne als Erfolg gewertet werden. Um die Zusammenarbeit weiter zu stärken, ist aber auch politisches Handeln und Interesse notwendig, um Strukturen zu schaffen, die dies ermöglichen und fördern.



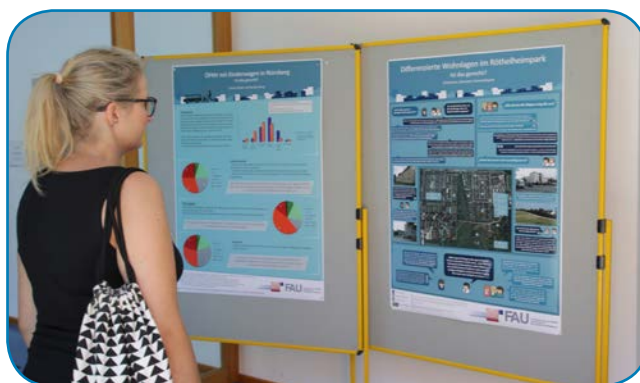
Veranstaltende und Teilnehmende während der Abschlussdiskussion



Einige der Veranstaltenden während der Abschlussdiskussion



Während der Pausen bestand Zeit zum informellen Austausch und Kennenlernen



Studierende der Geographie präsentierten auf Wandtafeln Projekte zu gesunde Lebenswelten

Poster der Student*innen des Instituts für Geographie zum Thema Stadtplanung und Gesundheit

ÖPNV mit Kinderwagen in Nürnberg

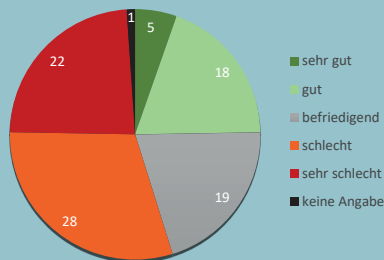
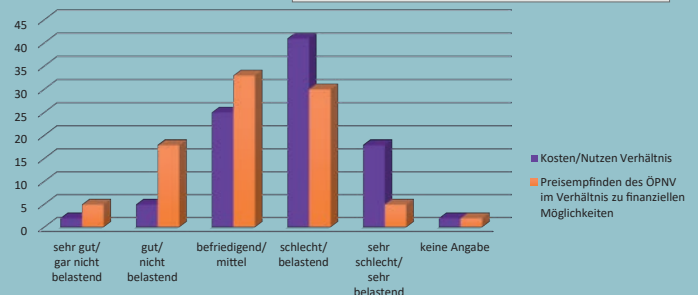
Ist das gerecht?

Carina Distler und Sandra König

Ticketpreise

Bei der Verkehrsmittelwahl besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem verfügbaren Haushaltseinkommen und der Nutzung der Verkehrsmittel. Viele Haushalte mit niedrigen Einkommen müssen aus finanziellen Gründen auf den Besitz eines eigenen Autos verzichten und sind deshalb auf Alternativen angewiesen (vgl. FLADE 2013: 101).

- Mehr als ein Drittel der Befragten empfinden die Ticketpreise des ÖPNVs im Verhältnis zu deren finanziellen Möglichkeiten als Belastung.
- Das Kosten/Nutzen-Verhältnis wird sehr stark kritisiert.



Barrierefreiheit

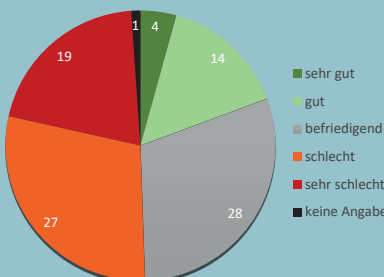
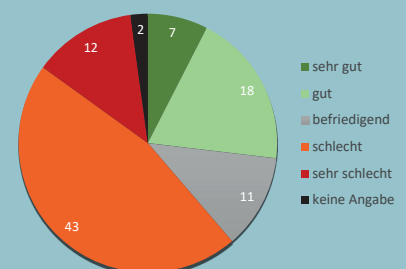
- Eltern mit Kinderwagen beurteilen den Ausbau der barrierefreien Ausstattung in Nürnberg als nicht ausreichend.
- Ein Viertel der Befragten bewertet die barrierefreie Ausstattung als sehr schlecht.
- Mehr als die Hälfte sehen einen Verbesserungsbedarf im Bereich der barrierefreien Ausstattung.

Ist es gerecht, dass eine Mutter ihr Kind im Kinderwagen die Treppen hochtragen muss, weil die Benutzung der Rolltreppe mit Kinderwagen verboten ist und sonst keine barrierefreie Möglichkeit vorhanden ist?

Platzangebot

Rund 60% der Befragten empfinden die öffentlichen Verkehrsmittel mit einem Kinderwagen zu eng und wünschen sich mehr Platz.
Den Komfort für Familien mit Kinderwagen beurteilt rund die Hälfte als ausreichend bis gut.

Ist es gerecht, dass das Platzangebot zu knapp bemessen ist für eine komfortable und einfache Nutzung mit Kinderwagen?



Sicherheit

- Mehr als die Hälfte der Eltern fühlen sich mit ihren Kindern in öffentlichen Verkehrsmitteln unsicher.

Ist es gerecht, dass Eltern, die auf die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs angewiesen sind, sich unwohl fühlen und sich um die Sicherheit ihres Kindes Sorgen müssen?

Quellen:

- CHALOUPIKA, C. et al. (2015): Nachhaltige Mobilität aus sozioökonomischer Perspektive. Diskussionspapier der Arbeitsgruppe „Sozio-ökonomischer Perspektive“ der ÖAW-Kommission „Nachhaltige Mobilität“. Wien.
FLADE, A. (2013): Der rastlose Mensch. Konzepte und Erkenntnisse der Mobilitätspsychologie. Wiesbaden.
GRUNWALD, A. und KOPFMÜLLER, J. (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 2., aktualisierte Aufl. Frankfurt.
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHES FORSCHUNGS- UND BERATUNGSZENTRUM DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): Nachhaltige Mobilität. Im Spannungsfeld ökonomischer, ökologischer und sozialer Anforderungen. Aus d. Reihe „Wirtschaftspolitische Diskurse“. Nr. 133. Bonn.

Differenzierte Wohnlagen im Röthelheimpark

Ist das gerecht?

Eichenseer, Eisemann, Kammerbauer

„Wir hatten noch nie genügend Wohnungen hier“



„Es macht keinen Sinn, an der Nachfrage oder am Bedarf vorbei zu planen“

„Naja, in die Zukunft kann keiner genau schauen (...) Aber dass jetzt zum Beispiel auf einmal die Nachfrage nach Wohnraum so stark angestiegen ist (...) Solche Sachen sind natürlich nicht vorhersehbar“

„[Das] war freilich absehbar (...) Wir hatten eigentlich seit den 80er Jahren einen ziemlichen Zuzug (...) Es war absehbar, dass wir diesen Raum brauchen“

„Deswegen sind wir auch zunächst von 9000 Personen ausgegangen, die hier leben können sollten (...) Aber dass man jetzt bei knappen 4000 gelandet ist, ist unserer Meinung nach eine leichte Fehlplanung“

„Das war so eine politische Euphorie zu sagen, da wird jetzt (...) halt entsprechend verdichtet oder viele Einwohner untergebracht. Aber es war eigentlich zum damaligen Zeitpunkt schon illusorisch“

„Man muss sich die Situation Ende der 90er Jahre und der früher 2000er Jahre vergegenwärtigen. Es gab zu dem Zeitpunkt kaum Unternehmen, die in Geschosswohnungsbau investieren wollten“

„Freilich. Klar gab's die [Nachfrage]. Es waren keine Wunschträume oder Alpträume unsererseits, dass man hier Wohnungen braucht, sondern es war so“



„Es gab schlechterdings keine Nachfrage (nach Geschosswohnungsbau), weil auch da investiert werden muss. (...) [Es gab niemanden] der so etwas bauen wollte“



„Nachher haben auf einmal mehrere Investoren bedauert, dass man jetzt keinen Geschosswohnungsbau mehr machen kann, weil alles zu ist“



„Den großen L-Riegel, den haben sie genau an das Eck gestellt, wo echt am meisten los ist“



„Die sind im Grunde genommen ja abgeschirmt“

„Nach dem Motto ‚an der Hauptverkehrsstraße steht der Geschosswohnungsbau und in dem vermeintlich ruhigeren Bereich die Einfamilienhäuser‘. Das müsste man nochmal überprüfen, ob der Bereich wirklich ruhiger ist. Dieser Konflikt ist ein konstruierter, den gab es nicht“



„Die atmen die Abgase weg für uns“

„Ich glaub was da viel gravierender ist: Der soziale Wohnungsbau ist hinten am Eck Allee am Röthelheimpark/Kurt-Schumacher-Straße. Das heißt die haben den Riegel genau da, wo am meisten Verkehr ist“

„Wir haben ja die dichten Geschosswohnungen als Riegel“

„Also auch zur Frage der Gerechtigkeit: Die schützen alles, was dahinter ist“

„Deshalb gibt es auf der Nordseite kein Wohnen. Diese Geschosswohnungsbauten haben auf der Nordseite zur Straße hin durch Grundrissorientierung die ganzen Nebenräume (...) Schlafräume orientieren sich auf die ruhige Südseite“

„Da ist halt die Frage wie geschickt der Grundriss ist“
„Bei diesem Gebäude ist es hier realisiert worden (...) dass im Grunde genommen zu der lärmbelasteten Seite (...) keine Aufenthaltsräume sind“

„Wobei das immer noch saumäßig laut ist“



„Wenn es die [Einfamilien- und Reihenhäuser] hier nicht gäbe, wären die [Leute] auf's Land gezogen und die Einkommenssteuer wäre in den Umlandkommunen gezahlt worden (...) Man hat schon darauf geschaut, dass man die Leistungsträger, diejenigen, die es sich leisten können, in der Stadt behält“

„Wenn ganz Erlangen oder ganz Deutschland so aussehen würde wie (...) der Röthelheimpark im Besonderen, dann hätten (...) wir wirklich keine Probleme mehr was Umweltgerechtigkeit und Gesundheit angeht. Das muss man einfach so sehen.“

„Also ich denke manchmal, dass wir im Röthelheimpark schon sehr privilegiert sind (...) Von der Wohnlage aber auch von unserer Umgebung und von dem was wir als Infrastruktur zur Verfügung haben“

„Es wäre gerechter zu sagen, dass man Wohnraum für mehr Menschen zur Verfügung stellt, also für Menschen, die jetzt nicht nur zu den privilegierten Kreisen zählen“

„Also es wird immer Leute geben, die sich hier Häuser leisten können, aber warum müssen die in bestimmten Gegenden sein und die Anderen woanders. Es ist eigentlich so, dass diese Durchmischung mehr Gemeinsamkeit bringen [würde]“

„Die [Investoren] hatten sich einfach bessere Vermarktungschancen mit einer Einfamilienhausbebauung oder mit der Reihenhausbauung ausgerechnet und dem gab man dann nach, (...) immer mehrheitlich im Stadtrat.“



Lehrforschung: Umweltgerechtigkeit und Gesundheit in der Stadt, WS 17/18 und SS 18 (Dozent: Dr. Klaus Geiselhart)
Informationen zum Projekt: Für das Forschungsprojekt wurden zwischen April und Juni 2018 insgesamt 4 Interviews durchgeführt. Die Zitate des Publikums stammen aus diesen Interviews. Teilweise wurden die Aussagen der Interviewten sprachlich geglättet.
Fotos: eigene Aufnahmen
Literatur:
Stadt Erlangen (2011): Der Röthelheimpark. Vom Militärgelände zum Vorzeigestadtteil – eine Erfolgsgeschichte.
Stadt Erlangen (2011): Der Röthelheimpark. Eine Konversion – ein neuer Stadtteil.

Institut für Geographie

FAU
FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG

Nachverdichtung in der Rathenau

Ist das gerecht?

Fabian Feick & Martin Minner



Informationsquellen:

- Anwahrer, Anrainer und lokale soziale Verbände
- Akteure der Stadt (Stadt- und Verkehrsplanung)
- Wissenschaftliches Expertenwissen
- Internetbeiträge der GBW-Gruppe

Lehrforschung im WS 17/18 & SS 18:
Umweltgerechtigkeit und Gesundheit in der Stadt

Dozent:
Dr. K. Geiselhart

Institut für Geographie

FAU
FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG

Bisher sind im Rahmen des Partnerprozesses „Gesund aufwachsen für alle!“ und „Gesundheit für alle!“ in Bayern folgende Dokumentationen erschienen:

Gesund aufwachsen für alle! Kommunale Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche. Ein Leitfaden des Regionalen Knotens Bayern. Dokumentation einer Fachtagung in Augsburg (LZG, 2012)

Gesund aufwachsen für alle! in Fürth

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2014)

Gesund aufwachsen für alle! in Würzburg

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2014)

Gesund aufwachsen für alle! in Augsburg

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2014)

Werkstatt Gesunde Kommune Fürth

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2015)

Gesundheit für alle! in Erlangen-Höchstädt & Erlangen

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2016)

Von der Vision zum konkreten Weg – gemeinsame Entwicklung der Gesundheitsstrategie in der Gesundheitsregion^{plus} Erlangen-Höchstädt & Erlangen

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2017)

Psychisch belastete Familien – und was ist mit den Kindern?

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG (2017)

sowie der vorliegende Band

Gesundheit & Stadtplanung – Umweltgerechtigkeit, Partizipation, Chancengleichheit

Tagungsband der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am ZPG

Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am Bayerischen Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung (ZPG)

Die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit ist Teil des Zentrums für Prävention und Gesundheitsförderung (ZPG) im Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Sie fördert Kooperationen und Vernetzung zur Stärkung der gesundheitlichen Chancengleichheit von Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen – auf Landesebene und vor Ort, unter anderem durch die Umsetzung und Begleitung des Partnerprozesses „Gesundheit für alle!“ in Bayern.

Der kommunale Partnerprozess „Gesundheit für alle“

2011 unter dem Namen „Gesund aufwachsen für alle!“ ins Leben gerufen, konzentrierte sich der Partnerprozess bis Herbst 2015 vor allem auf die Gesundheitsförderung im Bereich Kinder und Jugendliche. Ende 2015 wurde die Erweiterung des Partnerprozesses auf alle Lebensphasen und seine Umbenennung in „Gesundheit für alle“ offiziell beschlossen.

Der kommunale Partnerprozess „Gesundheit für alle“ unterstützt und begleitet Kommunen im Auf- und Ausbau von integrierten kommunalen Strategien zur Gesundheitsförderung, so genannte „Präventionsketten“. Dabei steht der Austausch und das gemeinsame Lernen im Fokus: Welche kommunalen Ansätze zur Förderung der Gesundheit von Menschen in schwieriger sozialer Lage haben sich bewährt? Und: Wie lassen sich die gemachten vielfältigen Erfahrungen weitergeben? Initiiert durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), wird der Partnerprozess im Rahmen des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Gesunde-Städte-Netzwerk (GSN) durchgeführt.

In Bayern sind die Kommunen Augsburg und Ingolstadt, die Landkreise Donau-Ries und Rottal-Inn, die Landeshauptstadt München sowie die Gesundheitsregionenplus Bamberg, Dillingen, Erlangen-Höchstädt & Erlangen, Fürth, Günzburg, Nürnberg, Passauer Land sowie Würzburg dem Partnerprozess beigetreten, mit zahlreichen Maßnahmen und starken Netzwerken.

Weitere Partnerkommunen sind willkommen!

www.zpg-bayern.de/gesundheitliche-chancengleichheit.html

www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/bayern

**Bayerisches Landesamt für
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

Eggenreuther Weg 43
91058 Erlangen

Telefon: 09131 6808-0

Telefax: 09131 6808-2102

E-Mail: poststelle@lgl.bayern.de

Internet: www.lgl.bayern.de

